

„An den
Gemeinderat der Marktgemeinde
3532 Rastendorf

DRINGLICHKEITSANTRAG

eingbracht von den unterzeichneten Mitgliedern des Gemeinderates der Marktgemeinde Rastendorf zur Gemeinderatssitzung der Marktgemeinde Rastendorf vom 2. Juli 2020 gemäß § 46 Abs. 3 NÖ Gemeindeordnung 1973 betreffend die Behandlung des Antrages

„RESOLUTION DES GEMEINDERATES DER MARKTGEMEINDE RASTENDORF GEGEN DIE ERRICHTUNG EINES ATOMMÜLLENDLAGERS IN DER TSCHECHISCHEN REPUBLIK NAHE DER GRENZE ZUR REPUBLIK ÖSTERREICH und der geplanten Erweiterung des AKW Dukovany“

Begründung der Dringlichkeit:

Wie zahlreichen Medienberichten zu entnehmen ist, plant die Tschechische Republik die Errichtung eines Atommülllagers zur Endlagerung von hochradioaktiven Abfallprodukten aus den Kraftwerken Temelín und Dukovany und eine Erweiterung des AKW Dukovany.

In den nächsten Wochen sollte der Vorschlag der Standortzahlreduzierung für Endlager des hochradioaktiven Atommülls in der Tschechische Republik von 9 auf 4 genehmigt werden, wobei die restlichen 5 Standorte als „Reservestandorte“ in der Auswahl bleiben. Die Beschlüsse werden schrittweise im Súrao-Rat, Industrie- und Handelsministerium und als letzten Schritt von der tschechischen Regierung erfolgen.

Drei aus vier vorgeschlagenen Kandidatenstandorten (d.h. Horka bei Trebic, Hrádek bei Jihlava und Janoch bei Temelín) sind von der österreichischen Grenze etwa 40 km Luftlinie entfernt. Der Standort Březový potok ist zur Abwechslung 40 km von der tschechisch-deutschen Grenze entfernt. Der Ausbau des AKW Dukovany ist aus wirtschaftlichen Gründen und aus Gründen des zusätzlichen Wasserbedarfs für die Kühlung, speziell aus der Betroffenheit der Bewohner der Tschechischen Republik nicht tragbar und daher ist auf nachhaltige Energieversorgung ohne atomare und fossile Quellen zu setzen. Die Marktgemeinde Rastendorf ist im Strom und Wärmebereich ein gutes Vorbild, speziell auch durch das aktuelle Bürgerbeteiligungsprojekt „SONARA“ Sonnige Nahversorgung Rastendorf. Siehe www.rastendorf.at

Die Nähe zur Republik Österreich würden somit ein enormes Gefahrenpotenzial für die österreichische Bevölkerung und natürlich auch für die Bevölkerung der Tschechischen Republik darstellen. Besonders gefährdet wären die Regionen Wald-, Wein- und Mühlviertel.

Um die Landes- und Bundesregierung in dieser Sache zu unterstützen, ist ein starkes NEIN seitens der Bevölkerung notwendig.

Im Interesse jetzigen nachfolgender Generationen und der Transparenz und Sicherheit ist es daher unabdingbar, sich mit aller zur Verfügung stehenden Kraft gegen diese Pläne zur Wehr zu setzen und gemeinsame, grenzüberschreitende Auswege aus der atomaren Bedrohung, hin zu einer nachhaltigen, zukunftsorientierten Strom- und Energieversorgung zu gehen.

Antrag: Der Gemeinderat der **Marktgemeinde Rastendorf** möge beschließen:

„1.) Der Gemeinderat der Marktgemeinde Rastendorf spricht sich entschieden gegen die Errichtung des geplanten Atommüllendlagers in der Tschechischen Republik in Grenznähe zur Republik Österreich und einer möglichen Erweiterung des AKW Dukovany aus.

2.) Im Sinne einer guten Nachbarschaft wird der Vertreter der Botschaft der Tschechischen Republik aufgefordert, die strikte Ablehnung der österreichischen Bevölkerung zu den möglichen Endlagerstandorten in der Tschechischen Republik in Grenznähe zur Republik Österreich und einer möglichen Erweiterung des AKW Dukovany den zuständigen Regierungsstellen der Tschechischen Republik zu kommunizieren, natürlich auch inklusive des Willens der Bevölkerung und der Regierung Österreichs Lösungen im Energiebereich gemeinsam, ausschließlich aus 100% erneuerbaren Quellen, umzusetzen.

3.) Die NÖ Landesregierung wird aufgefordert im Sinne der Antragsbegründung Maßnahmen zu ergreifen, um das geplante Atommüllendlager und die geplante Erweiterung des AKW Dukovany in der Tschechischen Republik in Grenznähe zur Republik Österreich zu verhindern und gemeinsam mit der Bevölkerung beider Länder entsprechende, bereits vorhandene Initiativen, auf Landes- Bundes- und EU Ebene zur nachhaltigen Energieversorgung ohne atomare und fossile Quellen, ausschließlich aus 100% aus erneuerbaren Quellen, zu stärken.

4.) Die Bundesregierung wird aufgefordert im Sinne der Antragsbegründung Maßnahmen zu ergreifen, um das geplante Atommüllendlager in der Tschechischen Republik und einer möglichen Erweiterung des AKW Dukovany in Grenznähe zur Republik Österreich zu verhindern und die Mitsprache und Einbindung der Republik Österreich und der Bevölkerung Tschechiens und Österreichs zu gewährleisten und ein zukunftsorientierte Energieversorgung ohne atomare und fossile Quellen in ganz Europa, speziell mit der Bevölkerung Österreichs und der Nachbarländer, auch mit dem Europäischen Green Deal, schnellstens umzusetzen.